

Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI

Haushaltsrede 14. Februar 2022

Frank Eschrich, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zu aktuellen Ereignissen in der Stadt. Augenscheinlich sind die sogenannten Montagsspaziergänger von Ihrem Verständnis für diese Aufführungen und wie Sie für deren Meinungsfreiheit einstehen, begeistert. Nach der Menschenwürde ist die Meinungsfreiheit das wohl das höchste Gut unserer Verfassung, aber um welche Meinung geht es eigentlich? Mir ist keine Meinungsäußerung der sogenannten Spaziergänger bekannt, ganz im Gegenteil behaupten die Teilnehmer gebetsmühlenartig, bei ihrem gemeinsamen Gang durch die Fußgängerzone handle es sich nicht um einen politischen Protest, sondern man wolle nur frische Luft schnappen und träfe sich ganz zufällig montags um Sechs auf dem Exe. Wie lange sollen wir uns eigentlich noch auf den Arm nehmen lassen? Wohl noch ziemlich lange, denn Sie, Herr Oberbürgermeister, und die gesamte Stadtspitze haben dieser üblen Verschleierungstaktik ihren amtlichen Segen erteilt. Es gehört zu der perfiden Strategie dieses bundesweit agierenden, demokratiefeindlichen Netzwerks, sich harmlos und unbescholten zu geben. Deshalb ist es absurd zu argumentieren, die Aufmärsche verliefen friedlich und außer ein paar Maskenpflichtverstößen wäre alles in Ordnung. Nein, ist es nicht! Die Montagsspaziergänger verschweigen bewusst ihre politischen Absichten und akzeptieren, dass sich mitten unter ihnen Nazis, Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker bewegen. Davon distanzieren sich auch die von Ihnen gehätschelten Spaziergänger in Pirmasens nicht, deshalb sollten Sie über Ihr Demokratieverständnis gründlich nachdenken, Herr Oberbürgermeister, denn Drahtzieher und verdeckt operierende Organisatoren sind u.a. die AfD und rechtsextremistische Verfassungsfeinde.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Maas und Clauer,

was sollen die Menschen, die sich solidarisch mit ihren Mitmenschen verhalten, sich impfen lassen und sich und andere vor schwersten Erkrankungen schützen, eigentlich von Ihrem Verständnis für die sogenannten Montagsspaziergänger halten? Was glauben Sie, wie sich dabei die Krankenschwester fühlt, die bis zur Erschöpfung meist ungeimpfte Corona-Patienten behandeln muss? Woher sollen Einzelhändler, Gastronomen und andere Berufsgruppen, das Verständnis für existenzbedrohende Restriktionen nehmen, wenn sich andere über das Tragen einer Maske beschweren und dafür Staat und Gesellschaft auf der Nase herumtanzen dürfen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zu grundsätzlichen Themen der kommunalen Finanzpolitik. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) zieht erneut ihr schärfstes Schwert und droht mit Nichtgenehmigung des städtischen Haushalts, sollte in der Haushaltssatzung keine Erhöhung der Grundsteuer B verankert werden. Diesem Versuch, die kommunale Selbstverwaltung endgültig ad absurdum zu führen, erteilt die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI eine klare Absage. Zum Grundgesetz und der darin verankerten kommunalen Selbstverwaltung lassen wir uns auf keinen Kuhhandel ein und feilschen nicht mit der ADD um Hebesätze, weder in diesem, noch im nächsten Haushaltsjahr. Grundsätzlich gibt es keine Einwände, im Sinne von sozialer Gerechtigkeit Hausbesitzer oder Gewerbetreibende stärker an der Finanzierung des Allgemeinwohls in einer von Armut geprägten Stadt zu beteiligen. Aber nicht in dieser Art und Weise und nicht für eine marginale Verringerung des Schuldenbergs, von der im realen Leben niemand etwas hat. Nach der OB-Wahlkampfgranate von 2017 mit dem ersten ausgeglichenen Haushaltplan für 2018 seit vielen Jahren sollte in Pirmasens ein neues Zeitalter anfangen. Diese Euphorie hielt genau bis zum nächsten Nachtragshaushalt. Das Haushaltsdefizit stieg seitdem wieder kräftig an und wird von 2021 mit fast 16 Millionen bis 2023 mit über 20 Millionen Euro eingeplant. Die Bundes- und Landespolitik zündet seit vielen Jahren eine Nebelkerze nach der anderen. Angefangen vom Kommunalen Entschuldungsfonds des Landes, der nicht entschuldet, bis zum mehrfach versprochenen Schuldenschnitt. An der eigentlichen Haushaltsmisere der Stadt Pirmasens ändert dies freilich nichts.

Denn die Pirmasenserinnen und Pirmasenser haben im praktischen Leben in einer abgewirtschafteten Stadt überhaupt nichts davon, wenn Altschulden nachträglich nach unten korrigiert werden, solange die laufenden und weiter steigenden Sozialausgaben nicht endlich gedeckt werden. Schuldenabbau ist kein Wert an sich, entscheidend ist, ob die Stadt ihrer sozialen Verantwortung für das Wohl der hier lebenden Menschen gerecht werden kann! Davon sind wir heute genauso weit entfernt, wie vor 10 oder 20 Jahren. Solange den Kommunen übertragene Aufgaben nicht auskömmlich finanziert werden, wird sich an dieser Situation auch nichts ändern, werden in Städten wie Pirmasens mit viel Armut und hohen Sozialausgaben die Defizite wachsen und wird der politische Handlungsspielraum den wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, haben, weiter gegen Null tendieren. Heute, zwei Klagen gegen den kommunalen Finanzausgleich des Landes Rheinland-Pfalz und viele Jahre später, ist mein Vertrauen in den guten Willen der politischen Akteure erschöpft. Gefunden und geurteilt werden immer nur Formelkompromisse, Verschlimmbesserungen wie neue Schlüsselzuweisungen oder Vertröstungen in die

nächste Legislaturperiode. Es geht nicht um die Wiederherstellung des Sozialstaats oder der Kommunalen Selbstverwaltung, sondern um die Vermeidung von politisch schmerzvollen Veränderungsprozessen, die freilich notwendig wären. Wer Armut verringern und die Situation der hier lebenden Menschen verbessern will, der muss dies sofort und heute tun. Wer damit weiter wartet, bis sich das Land Rheinland-Pfalz an seine eigene Verfassung hält oder Gerichte dem Konnexitätsprinzip Geltung verschaffen, dem fehlt es am politischen Willen, sich für das Allgemeinwohl einzusetzen. Letztlich scheint es vielen Beteiligten auf allen politischen Ebenen schlicht egal zu sein, wie es sich am unteren Rand der Gesellschaft lebt. Zugebenermaßen sind wir als Stadtrat nur ein kleines Rädchen im kapitalistischen System der Ausbeutung und Entrechtung, aber wir funktionieren mehrheitlich brav und zuvorkommend.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

leider tut sich in der praktischen Politik zu den großen Herausforderungen unserer Zeit herzlich wenig. Die Ampeln in Berlin und Mainz wollen genau wie alle anderen Farbkonstellationen der letzten Jahrzehnte den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Sozialstaat ausbauen, Klimawende, Verkehrswende, Energiewende, Schuldenabbau. Dies sind 5 Generationsaufgaben, die alle bewältigt werden sollen und für die als ausführende Organe einmal mehr die Kommunen am unteren Ende der kapitalistischen Nahrungskette vorgesehen sind. Das Ganze ohne Steuererhöhungen und ohne neue Schulden, bei schwacher Konjunktur und zusätzlichen Milliardenausgaben zur Pandemiebewältigung. Dagegen ist die Quadratur des Kreises eher einfach. Bei dieser politischen Großwetterlage ist es ausgeschlossen, dass sich für die kommunalen Haushalte etwas zum Besseren bewegt, denn auf die angemessene Heranziehung von hohem Einkommen, Gewinnen und Vermögen zur Finanzierung dieser Aufgaben wird weiterhin verzichtet.

In Pirmasens selbst zahlen immer weniger Bürgerinnen und Bürger überhaupt noch Steuern, weil immer mehr Geringverdiener sind, aus Krankheits- oder Altersgründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden oder soziale Transferleistungen beziehen. Die letzten Einzelhändler und Gastronomen kämpfen in der Pandemie ums Überleben, die Pro-Kopf-Verschuldung erreicht neue Rekorde, die Kaufkraft schwindet weiter, wirtschaftliches Wachstum ist nicht in Sicht. Der vor einigen Jahren noch überwunden geglaubte Bevölkerungsschwund nimmt wieder an Fahrt auf, die geplanten Großprojekte Stadtgalerie und Schuhstadt haben sich in Luft aufgelöst, die Stadt schiebt einen Sanierungsstau bei der Infrastruktur im dreistelligen Millionenbereich vor sich her. Mittelstand, Handwerker und die wenigen Großunternehmen finden kaum noch qualifiziertes Personal, weil die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreicht und die Generation Hartz IV ihrem Schicksal überlassen wurde. Wer wollte angesichts dieser düsteren Lage noch positiv in die Zukunft schauen?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

was ich der Stadtspitze vorwerfe, ist nicht die Ausweglosigkeit der Situation oder die geringen Handlungsspielräume. Was ich Ihnen vorwerfe, ist der unehrliche Umgang und die Errichtung von potemkinschen Dörfern. Zum Beispiel Investitionen in Bildung von 12,7 Millionen Euro in den kommenden Jahren. Das klingt zunächst mal gut und erweckt in den Augen der Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, die Stadt investiert in die bessere Bildung ihrer Kinder. In Wahrheit fließt der größte Teil dieser Gelder in die Taschen der beauftragten Bauunternehmer, die sich mit immer höheren Forderungen hemmungslos an öffentlichen Geldern bereichern. Die ursprünglich mit 4,8 Millionen veranschlagte Sanierung der Realschule Plus an der Alleestraße schlägt inzwischen mit 17 Millionen Euro zu Buche und ist nicht einmal fertig. Eine extrem teuer bezahlte Instandhaltungsmaßnahme für eine Sandsteinfassade, die angeblich stadtbildprägend ist und mit dem vermeintlichen Standortvorteil Innenstadt punkten will. Dabei ist die Pirmasenser Innenstadt ein Sanierungsfall mit über 90 Prozent marodem Gebäudebestand, der sich immer mehr zu einem großflächigen sozialen Brennpunkt und Armutsghetto entwickelt, ein Stadtzentrum, dass sich immer weiter entleert und in dem nur die Hoffnungs- und Perspektivlosen zurück bleiben. Was haben eigentlich die Schülerinnen und Schüler von diesem teuer sanierten Standort, was nicht woanders für die Hälfte an Geld und Zeit hätte realisiert werden können? Die Pandemie hat der großspurig geplanten Innenstadtentwicklung mit aufblühendem Handel, Gewerbe und Gastronomie endgültig den Todesstoß versetzt. Auf dem Gelände der ehemaligen Kaufhalle befindet sich nun der Platz der Großen Leere und eben kein Schuhfachmarktzentrum, die Stadtgalerie lässt grüßen. Wenigstens scheint der Verkauf der Grundstücke nun unter Dach und Fach zu sein. Kürzlich fiel mir der Masterplan Innenstadt aus dem Jahr 2015 mal wieder in die Hände, meine Güte, was wurde da alles zusammenphantasiert und angekündigt. „Wie Sie sehen, sehen Sie nichts“ hätte dazu Kuhlenkampf gesagt, die Älteren werden ihn noch kennen. Die bildgewaltig gefeierte Ästhetik der leeren Fabrikhalle hat ihren Charme verloren und sie ist nun wieder das, was sie ist. Ein düsterer alter Schuppen, kurz vorm Zusammenfallen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht formen Sie zukünftig einmal kleinere Brötchen, nämlich solche, die Sie auch gebacken kriegen! Vielleicht bauen Sie in Zukunft weniger Luftschlösser und kümmern sich darum, dass sich die Pirmasenser Innenstadt nicht weiter in Richtung Geisterstadt entwickelt.

Das Schlimme an dieser Stadt sind nicht ihre Schulden, nicht die gescheiterte Schulrochade, nicht der Niedergang des Einzelhandels oder überzogene Masterpläne und geplatze Großprojekte, denn davon ist die Masse der Bevölkerung kaum betroffen. Das Schlimme ist das Leid der hier lebenden armen Menschen und die Arroganz der Macht. Mehr als 10 Jahre mussten wir die Trommel rühren, um 70 Cent mehr Nettomiete pro Quadratmeter für Sozialleistungsbezieher durchzubekommen. Das ist das Armutszeugnis, das ich der Mehrheit des Stadtrats und der alten und neuen Stadtführung ausstellen muss. Ironischerweise hat sich

Klassenbewusstsein als bestimmender Faktor durchgesetzt, wer hätte das gedacht. Allerdings nicht das Bewusstsein der Arbeiterbewegung, sondern das Bewusstsein derer mit üppigen Gehältern und Haus im grünen Vorort. Von Herrn Rothaar haben wir gehört, wie sich die Situation am unteren Ende der Einkommensgesellschaft entwickelt. Immer mehr Kinder verwahrlosen, müssen staatlich betreut werden oder landen in Heimen. Wir alle haben zugesehen und zugeschaut, als man arbeitssuchenden Menschen die persönliche Schuld an diesem Umstand nicht nur zugeschoben, sondern diese Schuld erst erfunden hat. Man nannte dies Fördern und Fordern. Es ist bereits die zweite Generation Hartz IV, die ihre Entrechtung, Entwertung und Demütigung zwangsläufig an die eigenen Kinder weitergegeben hat, die nun ebenfalls nicht mit ihrem Leben klarkommen. Der Pakt für Pirmasens, die Bertelsmann prämierte Beruhigungsspiel für das schlechte Gewissen, hat während der zugespitzten Pandemielage wenig von sich hören lassen. Die einzig bekannte Initiative sollte als Armenspeisung „Horeb to Go!“ in die Geschichte eingehen. Tatsächlich herausgekommen ist dabei viel Rauch um Nichts. Im Übrigen geht die Stadt mit ihren Arbeiterinnen und Arbeitern genauso schlecht um wie mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Seit der Privatisierung und gefeierten Gründung des WSP wurden mindestens 40 Stellen in diesem arbeitsintensiven Bereich abgebaut. Die Folgen sind Stress, hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Überstunden, die sich in krankheitsbedingten Ausfällen und immer eingeschränkteren Leistungen manifestieren. Auch dieses Beispiel zeigt wie in allen anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht und der Sparzwang geht längst an die Substanz.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer desaströsen und inhumanen Sozialpolitik gesellt sich nun das Damoklesschwert einer zusammenbrechenden Gesundheitsversorgung. Und nein, ich meine nicht in erster Linie das Krankenhaus, in dem ungeimpfte Spaziergänger auf der Intensivstation versorgt werden müssen, sondern die ambulante ärztliche Versorgung in Pirmasens. Insbesondere Allgemeinmediziner und Hausärzte sind total überlastet und nehmen keine neuen Patienten mehr auf. Für viel Geld wurden Gutachten erstellt und Ärzte-Akquisiteure bezahlt, runde Tische und Konferenzen veranstaltet, Bündnisse gegründet und die regionale Werbetrommel gerührt. Alles für die Katz. Der Ärztemangel ist genauso und schlimmer Realität geworden, wie er vor Jahren berechnet wurde. Die sogenannte Allianz gegen den Ärztemangel ist ein zahnlöser Papiertiger, der tatenlos der immer größere werdenden Versorgungslücke zugeschaut und kürzlich seine politische Kapitulationserklärung als Plattform „Hello Doc“ ins Netz gestellt hat. Der Markt soll es richten, war die Antwort auf die Bemühungen unserer Fraktion, wenigstens die geringen, kommunalen Möglichkeiten, zu nutzen, um die Ansiedlung neuer Ärztinnen und Ärzte zu befördern. Erfolgreiche Modelle und Beispiele anderer Kommunen wurden ignoriert und demnächst werden viele Patientinnen und Patienten vor verschlossenen Türen stehen.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI lehnt den Haushalt 2022 und die Haushaltssatzung ab.